

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 01.09.2015

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Tanja Tschöke Bündnis
90/Die Grünen

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Timothy Kahler	CDU	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	
Ratsherr Philipp Siewert	SPD	
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	
Frau Cordula Bock	Fraktionslos	
Frau Leonie Böhse	Fraktionslos	
Herr Gölpassa Erdogan	CDU	
Herr Michael Heide-Gentz	Fraktionslos	
Herr Torsten Lange	DIE LINKE.	Vertreter für Frau Sura Acun-Türkyilmaz
Frau Karin Löhr	Fraktionslos	
Frau Reinhildis Simon	Fraktionslos	
Herr Hans-Werner Wolff	Fraktionslos	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Lothar Büth	Fraktionslos	
Frau Erika Kiesel	Alternative für Lüdenscheid	
Herr Horst Löwenberg	fraktionslos	
Frau Jennifer Müller	Fraktionslos	
Ratsfrau Kirsten Petereit	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ansgar Röhrbein	Fraktionslos	
Frau Anette Schwarz	FDP	
Herr Jan Trimpop	Fraktionslos	

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Faruk Ince	Einzelbewerber
-----------------	----------------

Die Aufgabe „Beratung gem. § 8b SGB VIII“ wird ab 01.01.2016 dauerhaft auf das Märkische Kinderschutzzentrum übertragen. Es erfolgt eine Anpassung der Beratungskapazität auf nunmehr 13 Std./Woche.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

4. Modellprogramm JUGEND STÄRKEN im Quartier Vorlage: 140/2015

Diese Vorlage wird von Frau Busenius erläutert und vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. "Gemeinsam wirksam den Krisen begegnen" - warum die Unterschiede der Beratungsstellen der Schlüssel zum Erfolg sind. Mündliche Berichte

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind die Leitungen der verschiedenen Beratungsstellen in Lüdenscheid anwesend und geben mit Hilfe von Powerpointpräsentationen einen Einblick in die von den Beratungsstellen angebotenen und geleisteten Hilfen. Die Darstellung ihrer Arbeit orientiert sich bei allen an vier Thesen:

- Früh ansetzen macht Sinn
- Wir unterstützen alle mit nachhaltigem Effekt
- Wir sorgen dafür, dass Gefährdung erkannt wird und versucht wird, Schaden zu verhindern, wenn das nicht geht, zumindest zu lindern
- Weniger geht nicht.

Für die Anonyme Drogenberatungsstelle e.V. sind Frau Jutta Hendess und Herr Stefan Tertel erschienen. Für das Märkische Kinderschutzzentrum ist Herr Ansgar Röhrbein anwesend. Die Evangelische Beratungsstelle für Eltern, Jugendliche und Kinder ist vertreten durch Frau

Rendel Simon und für die Beratungsstelle für Familien und Schulpsychologie der Stadt Lüdenscheid ist Frau Christine Kirchner erschienen.

6. Mündlicher Bericht des Fachdienstes Kinder- und Jugendförderung

Die neuen Leiterinnen des Fachdienstes Kinder- und Jugendförderung (FD 51.3), Frau Jessica Schmidt und Frau Barbara Kleine, stellen sich dem Ausschuss vor und geben Informationen zur Aufgabenaufteilung innerhalb der Fachdienstleitung. Des weiteren werden die einzelnen Einrichtungen, die Kinder- und Jugendtreffs, mit ihrer jeweiligen Personalsituation dargestellt, die sich im Laufe diesen Jahres sehr zugespitzt hat und der künftig im Rahmen des HSK weiterhin Rechnung getragen werden muss. Zur personellen Situation im Fachdienst Kinder- und Jugendförderung wird eine Tischvorlage an die Mitglieder des JHA verteilt, die als Anlage dem Original der Niederschrift beigelegt wird.

7. Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 Die Grünen zu den Zuschussreduzierungen bei den Beratungsstellen und der offenen Jugendarbeit

Die Fraktionen der SPD, FDP und Bündnis 90 Die Grünen geben folgende Anträge zur Abstimmung:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, bei den derzeit laufenden Vorbereitungen zum Haushalt 2016 und zur HSK-Novelle die in Nr. 163 des Haushaltssicherungskonzeptes vorgesehene Zuschussreduzierung bei den Beratungsstellen in Höhe von € 50.000 ab dem Haushaltsjahr 2017 zu streichen, so dass die Zuschussreduzierung bei den Beratungsstellen ab 2017 nicht erfolgt. Die Gegenfinanzierung erfolge durch die höheren Einnahmen aus der Umsatzsteuer.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, bei den derzeit laufenden Vorbereitungen zum Haushalt 2016 und zur HSK-Novelle die in Nr. 157 des Haushaltssicherungskonzeptes vorgesehene Zuschussreduzierung bei Angeboten der offenen Jugendarbeit in Höhe von € 75.000 ab dem Haushaltsjahr 2017 zu streichen, so dass eine Zuschussreduzierung bei den Angeboten der offenen Jugendarbeit ab 2017 nicht erfolgt. Die Gegenfinanzierung erfolge durch die höheren Einnahmen aus der Umsatzsteuer.

Es gibt zu diesen Anträgen eine Tischvorlage, die dem Original der Niederschrift beigelegt wird.

Auf Antrag von Frau Mewes von der Ratsfraktion CDU wird dieser Antrag zunächst zur Beratung in die Fraktion verwiesen, bevor es zu einer Abstimmung im nächsten JHA am 20.10.2015 kommt.

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Arbeitsgemeinschaft "Frühe Hilfen"

Herr Hesse weist auf die jährliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Frühe Hilfen“ hin, die in diesem Jahr am 13.10. um 17.00 Uhr stattfinden werde. Einladungen dazu werden noch versandt.

8.2. Beantwortung von Anfragen

8.2.1. Essenqualität in Kitas

Frau Busenius bittet um Verständnis für eine Verschiebung der Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion zur Essenqualität in den Lüdenscheider Kindertageseinrichtungen, die in der Sitzung des JHA am 02.06.2015 an die Verwaltung gerichtet wurde. Die zuständige Fachdienstleiterin, Frau Speckenbach, sei heute nicht anwesend und werde die Anfrage demnächst beantworten.

8.2.2. U-3-Ausbau

Zum Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2015 zum Ausbau U-3 am Standort Buckesfelder Straße äußert Frau Busenius, es habe am 30.06.2015 am Standort Richard-Schirrmann-Realschule eine Auftaktveranstaltung unter Beteiligung aller für diese Prüfung erforderlichen Fachdienste der Stadtverwaltung sowie Vertretern der Schule und eines Planungsbüros stattgefunden. Der Auftrag für die Erstellung einer Gesamtkonzeption an diesem Standort wurde an ein Planungsbüro vergeben. Die Beantwortung der Anfrage erfolge erst nach Auftrags erledigung.

8.2.3. Betreuungsgeld

Die SPD-Fraktion bittet um die Beantwortung der folgenden Anfrage :

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das das Gesetz zum Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt hat, stelle sich die Frage, ob der U-3-Ausbau durch die Entscheidung zusätzlich erweitert werden müsse. Werde die zu erwartende zusätzliche Nachfrage auf den Rechtsanspruch auch tatsächlich von der Bedarfsplanung gedeckt? Wenn nein, wie muss sie angepasst werden? Da zur Zeit 17 % der Haushalte mit Kindern unter drei Jahren das Betreuungsgeld beantragt haben, sei zu erwarten, dass ein Teil der Eltern einen Kita-Platz entsprechend ihrem Rechtsanspruch, der ab dem 1. Lebensjahr gilt, einfordern werde.

Eine Beantwortung der Anfrage erfolgt demnächst im JHA.

8.3. Anfragen

8.3.1. Kita-Plätze für über dreijährige Kinder

Frau Löhr fragt, ob genügend Kita-Plätze für dreijährige Kinder vorhanden seien, oder ob es auch schon zu Absagen wie in anderen Städten gekommen sei.

Frau Busenius antwortet, dass es diesbezüglich keine Rückmeldung gebe und man davon ausgehen könne, dass genügend Plätze für diese Kinder im Angebot seien.

Frau Müller von der Elternvertretung „Kita 21“ berichtet allerdings von einzelnen Eltern, die ihre unterdreijährigen Kinder bereits in der Kita angemeldet haben, weil sie ansonsten für ihre demnächst überdreijährigen Kinder nicht rechtzeitig einen Platz erhalten hätten.

Herr Giet wird gebeten, diesen Umstand in der Kindergartenbedarfsplanung zu berücksichtigen.

gez. Tanja Tschöke

gez. Marion Gerbracht

Vorsitzende

Schriftführerin